

# Schnelljustiz und Henken

*Pakistans Sofortmassnahmen gegen Terrorismus zeugen von Hilflosigkeit*

Im Angesicht des Terrors setzen Pakistans Regierung und Militär auf schnelle Scheinlösungen. Doch das Rechtssystem braucht grundlegende Reformen.

*Britta Petersen, Delhi*

Bei der Verkündung seines «National Action Plan» gegen den Terrorismus hat Pakistans Premierminister vergangene Woche tapfer behauptet, das Massaker in einer Schule in Peshawar mit über 140 Toten habe Pakistan verändert. Kurz zuvor hatte allerdings sein aussenpolitischer Berater Sartaj Aziz in einem Interview mit dem Urdu-Service der BBC gesagt, dass Pakistan weiterhin nicht gegen Terrorgruppen vorgehen werde, die «keine Bedrohung für den Staat» darstellten. Zwar liess das Ausenministerium später verlauten, die Bemerkung sei aus dem Zusammenhang gerissen worden, dennoch sind Zweifel an der pakistanischen Anti-Terror-Strategie angebracht.

## Das Militär bestimmt

Es fragt sich auch, ob die angekündigte Exekution von etwa 500 angeblichen Terroristen, die derzeit in der Todeszelle sitzen, und die Einführung von Militärgerichten zur Aburteilung von Terroristen die angemessene Antwort auf das Wüten der Terroristen ist. Die Regierung von Premierminister Nawaz Sharif hatte kurz nach dem brutalen Massaker in Peshawar ein seit 2008 bestehendes Moratorium aufgehoben und angekündigt, in den kommenden Wochen all jene hinrichten, die wegen Terrorataten zum Tode verurteilt sind.

Premierminister Sharif gab ausserdem bekannt, dass in Zukunft Militärgerichte die Zuständigkeit für Terrorfälle übernehmen sollen. Beide Entscheidungen sind stark umstritten, und sie zeigen, wie sehr das pakistanische Militär inzwischen wieder das Ruder in der Innenpolitik übernommen hat.

Seitdem wurden sechs Terroristen gehängt, fünf von ihnen waren wegen ihrer Beteiligung an einem Attentat auf den ehemaligen Militärdiktator Pervez Musharraf verurteilt worden. Die Ankündigung einer Exekutionsserie führte zu internationalen Protesten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, forderte Pakistan auf, die Exekutionen von Terroristen zu stoppen. Und die Europäische Union liess vernehmen, die Todesstrafe sei kein ge-

eignetes Instrument im Kampf gegen den Terrorismus.

Die unabhängige pakistanische Menschenrechtskommission äussert sich bestürzt darüber, dass alle politischen Parteien die Einrichtung von Militärgerichten unterstützten, auch solche, die zuvor Bedenken darüber zum Ausdruck gebracht hatten. Sie weist darauf hin, dass das Oberste Gericht Pakistans bereits mehrfach Militärgerichte für verfassungswidrig erklärt hat. «Die Entscheidung unterminiert die Gerichte und zeigt einen Mangel an Vertrauen in ein unabhängiges und starkes Justizsystem», schreibt die Menschenrechtskommission.

## Fragwürdige Paralleljustiz

Rafay Alam, ein bekannter Anwalt aus Lahore, hält Militärgerichte für «die schlechteste Idee seit langem». Die Regierung sollte sich, so sagt er, besser darauf konzentrieren, das bestehende Rechtswesen zu stärken, statt beim Militär ein paralleles Gerichtssystem aufzubauen, in dem die normalen Regeln ausser Kraft gesetzt seien und die Gefahr einer Verurteilung Unschuldiger viel zu gross sei.

In der Tat sind Pakistans Justizsystem und der Polizeiapparat in weiten Teilen dysfunktional – und dies ist seit langem bekannt. Unterhalb des Verfassungsgerichts gelten die Gerichte oft als korrupt, sie arbeiten langsam und unzuverlässig. Dasselbe gilt in noch grösserem Masse für die Polizei. Dieser Missstand ist nach Auffassung von Experten mit dafür verantwortlich, dass heute Terrorgruppen den pakistanischen Staat in erheblichem Masse unterminieren können. Die Ineffizienz der pakistanischen Strafjustiz habe ernsthafte Folgen für die innere Sicherheit Pakistans und auch für die Sicherheit der ganzen Region, stellte die International Crisis Group (ICG) bereits 2010 in einem Bericht fest.

Die Organisation hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Studien vorgelegt, die zusammengenommen ein düsteres Bild der pakistanischen Staatsorgane zeichnen, die für Sicherheit und Ordnung zuständig sind. «Nach Jahrzehnten von Missbrauch und Vernachlässigung ist Pakistans Polizei nicht in der Lage, Verbrechen zu bekämpfen oder die Bürger und den Staat gegen militante Gewalt zu schützen», hiess es schon in dem Bericht von 2008.

Die Probleme sind tiefgreifend und vielfältig, und dies muss wohl als einer der Gründe betrachtet werden, warum

die Regierung nun angesichts der öffentlichen Empörung auf Aktivismus setzt. «Pakistans Polizeisystem leidet unter erheblichen Mängeln in einer Reihe von Bereichen, darunter Ausrüstung, Technologie, Personal, Ausbildung und Aufklärung», schreibt auch die Unabhängige Kommission für Polizeireformen in Pakistan unter Leitung von Hassan Abbas; sie wurde von der amerikanischen Denkfabrik Asia Society gegründet. Der politische Wille, diese Probleme anzugehen, fehle weitgehend, konstatierte sie 2012.

Tatsächlich werden in Pakistan nur fünf bis zehn Prozent aller Verbrechen aufgeklärt. Darunter leiden nicht nur normale Bürger, die Opfer von Verbrechen werden. Auch politische Morde wie etwa der an der früheren Premierministerin Benazir Bhutto 2007 und an Shabaz Bhatti, Minister für Minderheiten, 2011 wurden nie aufgeklärt, obwohl die pakistanischen Taliban sich zu diesem Attentat bekannten. Das Nachbarland Indien klagt immer wieder, dass Terrorverdächtige in Pakistan nicht vor Gericht gestellt würden oder trotz zahlreichen Beweisen wieder freigelassen würden, wie gerade kürzlich Zaki-ur-Rehman Lakhvi, der als Drahtzieher des Terrorschlags von Mumbai 2008 gilt.

Mitunter nehmen die Fehler der Justiz bizarre Züge an, wie etwa im Falle von Malik Taj Mohammed. Er sass drei Jahre lang im Gefängnis, unschuldig verurteilt wegen Mordes, und wurde 2006 vom Obersten Gericht freigesprochen – man hatte festgestellt, dass das angebliche Mordopfer noch am Leben war. Die Aufklärung von Verbrechen verlasse sich weitgehend auf mündliche Zeugenaussagen, stellt die Menschenrechtskommission fest, und sei damit oft geprägt von Subjektivität, Verzerrung und Nötigung, heisst es in einem Bericht von 2007. Den meisten Bürgern fehlt daher das Vertrauen in Polizei und Justiz. Nach einer Umfrage der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International von 2007 galt die Polizei sogar als die «korrupteste öffentliche Institution in Pakistan».

Doch Hassan Abbas möchte nicht alle Schuld an den gegenwärtigen Zuständen der Polizei anlasten. Die Hauptfrage sei, wer verantwortlich dafür sei, dass nicht in den Aufbau von Kapazitäten bei den Vollzugsbehörden investiert werde. Gerade mit Blick auf das besonders exponierte Peshawar kommt die International Crisis Group zu einem eindeutigen Urteil: «Der Polizei in Peshawar, die den Grossteil militanter Gewalt ertragen muss, fehlt es an

politischer Unterstützung», steht in einem Bericht über Polizei und Gewalt in Pakistans Städten von 2014.

### Rechtsfreie Zone

Hinderlich ist in Peshawar zudem ein Gesetz aus der Kolonialzeit, das die Polizei daran hindert, mutmassliche Täter in den an die Stadt angrenzenden autonomen Stammesgebieten zu verfolgen. Der Ruf nach einer Abschaffung der archaischen Frontier Crimes Regulation Act von 1901 ist eine von vielen Forderungen zur Reform des Rechtssystems, die seit Jahrzehnten erhoben und ignoriert werden. Pakistan erlaubt sich den Luxus, dass Teile seines Staatsgebiets nicht unter der Jurisdiktion der Regierung stehen, obwohl dort seit 2001 schätzungsweise 35 000 Menschen dem Terror zum Opfer gefallen sind.

Doch statt sich an die Umsetzung der von zahlreichen Expertenkommissionen erarbeiteten Empfehlungen zur Reform von Polizei und Justiz zu machen, tragen die von Premierminister Sharif angekündigten Massnahmen, Exekutionen und Militärgerichte, erneut die kaum verhüllte Handschrift der Armee. Die vom Militär geleiteten Anti-Terror-Bemühungen hätten bisher nur wenige Erfolge gezeitigt, schreibt die International Crisis Group. Sie seien gekennzeichnet durch willkürliches und ungeschicktes Vorgehen gegen einige Terrorgruppen, kurzfristige Friedensschlüsse mit anderen und fortgesetzte Unterstützung für Jihadisten, die in Afghanistan und Indien kämpfen. Massive Investitionen in die Kapazitäten von Polizei und Staatsanwaltschaft seien erforderlich, um die Anti-Terror-Politik wieder unter zivile Kontrolle zu bringen.

Dass es kaum zu Verurteilungen in Terrorfällen kommt, ist laut dem Anwalt und Publizisten Babar Sattar nicht auf Schwächen der pakistanischen Strafprozessordnung zurückzuführen, sondern auf die dominierende Rolle des Geheimdienstes ISI und der Armee in der inneren Sicherheit.